



30 Jahre Asylkompromiss

Basis von Bündnis90/Die Grünen und SPD: “Nancy Faeser und Annalena Baerbock riskieren historischen Fehler”

Angesichts der laufenden Debatte zu Asylrechtsverschärfungen fordern die Bundesarbeitsgemeinschaften Migration & Flucht (Grüne) und Migration & Vielfalt (SPD) deutlich: Keine Haftlager für Schutzsuchende! Gleichzeitig kritisieren sie, dass die Debatte über Asylrechtsverschärfungen jegliches Maß verloren hat und fordern Innenministerin Faeser und Außenministerin Baerbock auf, EU-Pläne für eine Inhaftierung Schutzsuchender und Einschränkungen des Asylrechts zu stoppen.

Berlin, 26. Mai 2023 – 30 Jahre nach dem verheerenden Asylkompromiss vom 26. Mai 1993 steht die Bundesregierung kurz davor, diesen historischen Fehler verschärfend zu wiederholen und den Zugang zum Recht auf Asyl in Europa endgültig zu versperren. Was in der Presse beschönigend als „Asylverfahren an der Außengrenze“ bezeichnet wird, sind in Wirklichkeit Schnellverfahren in Haftlagern ohne Zugang zu fairen Asylverfahren, wie sie die Genfer Flüchtlingskonvention garantiert. **Die EU-Asylverfahrensverordnung stünde über dem deutschen Grundgesetz und würde das bislang in Deutschland und der EU geltende Asylrecht völlig entkernen. Dem darf Deutschland im EU-Innenrat am 8./9. Juni in Brüssel keinesfalls zustimmen.**

„Wir erwarten, dass Nancy Faeser und Annalena Baerbock die inhumanen Pläne für Grenzverfahren, die eine verpflichtende Inhaftierung von Asylsuchenden in Deutschland sowie eine Verschärfung des bereits gescheiterten Dublin-Systems vorsehen, stoppen“, fordert Aziz Bozkurt, Bundesvorsitzender der AG Migration & Vielfalt in der SPD.

„Es ist nicht tragbar, dass die selbsternannte Fortschrittskoalition Seehofers Traum bereitwillig erfüllt und die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl mitträgt. Wollen Nancy Faeser und Annalena Baerbock wirklich als diejenigen in die Geschichte eingehen, die die weitreichendsten Asylrechtsverschärfungen der Nachkriegsgeschichte zu verantworten haben und Menschenrechte mit Füßen treten?“, konstatiert Svenja Borgschulte, Sprecherin der BAG Migration & Flucht.

„Die Debatte über Asylrechtsverschärfungen hat jedes Maß verloren. Die Ampel hat im Koalitionsvertrag vereinbart, illegale Zurückweisungen an den Außengrenzen zu beenden und den Zugang zu einer inhaltlichen Prüfung jedes Asylgesuchs zu garantieren. Statt die brutalen und menschenverachtenden Pushbacks zu bekämpfen, will die Ampel diese nun legalisieren, indem sie die Zurückweisungen an den Grenzen erleichtert und die Grundlage für abgesperrte Massenlager legt. Damit hätten wir den Kampf gegen Seehofer und die AfD in der Asyldebatte verloren“, kritisieren sie.

Gemeinsam fordern die Sprecher*innen der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Migration & Flucht von Bündnis 90/Die Grünen und der Bundesvorstand der AG Migration & Vielfalt der SPD die Bundesregierung auf, die Asylverfahrens-Verordnung im EU-Innenrat am 8./9. Juni abzulehnen und die Rechte Geflüchteter zu wahren.

Für die BAG Migration & Flucht
von Bündnis 90/Die Grünen:

Svenja Borgschulte, Lena Gumnior,
Markus Schopp

Für die AG Migration & Vielfalt
der SPD:

Stella Kirgiane-Efremidis, Aziz Bozkurt